



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Februar
2024**

Guten Tag

Die Proteste der Bauern in der zweiten Januarwoche könnten der Auftakt für einen gesellschaftlichen Widerstand sein, der dringend nötig wäre, um unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Absturz aufzuhalten. Den Landwirten war zurecht die Streichung der Agrar-Subventionen auf den Magen geschlagen. Allerdings sind weit über den Bauernstand hinaus große Teile unserer Bevölkerung von der fehlgeleiteten Politik im Interesse der Großkonzerne betroffen. Das betrifft die in tariflicher Auseinandersetzung stehenden Lockführer ebenso, wie die Mitarbeiter der vor der Pleite stehenden Galeria-Kaufhaus-Kette. Die hohen Energie- und Lebensmittelpreise, wie auch die gestiegenen Mieten zehren an den Löhnen und Renten und bringen viele Menschen in soziale Not.

Obwohl die Steuereinnahmen in Deutschland von 2012 bis 2022 von 600 Mrd. Euro auf den Rekordwert von fast 900 Mrd. angestiegen sind, sinkt der Wohlstand in unserer Gesellschaft kontinuierlich. Für unsere Daseinsfürsorge, ob Kitas, Schulen, Gesundheit,



Bauernprotest in Erbach am 8. Januar

Infrastruktur oder mit genügend finanziellen Mitteln ausgestatteten Kommunen fehlt es hinten und vorne.

Dagegen werden für wahnsinnig hohe Rüstungsausgaben und militärische Abenteuer, ob in Afghanistan, Mali oder Litauen, unsere Steuermilliarden verpulvert. Reicht das Geld dafür immer noch nicht, werden mit „Sondervermögen“ zusätzliche Schulden aufgehäuft.

Dem muss ein Ende gesetzt werden! Und das geht nur durch solidarisches Handeln und gemeinsamen Protest. Spaltungsversuche durch Bauernpräsident Joachim Rukwied, der Kritik am Mindestlohn übte, zeigen wir die Rote Karte. Lassen wir die Bauern nicht allein kämpfen und sorgen wir dafür, dass perspektivisch eine gemeinsame Bewegung entsteht.

R. Weber

Wir unterstützen die Bauernproteste, aber nicht die Agrarpolitik von Regierung und EU!

Die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu sichern, ist die grundlegende Aufgabe für die Landwirtschaftspolitik einer Regierung. Jede Überlegung, ob und wie öffentliche Gelder für diesen Wirtschaftssektor aufgewandt werden, muss dies mit im Blick haben.

Eine rein betriebswirtschaftliche Sicht auf diesen Sektor verleugnet die Tatsache, dass für die Gesellschaft eine Landwirtschaft, die Gewinne macht, aber nicht die nötige Nahrung liefert, absolut nutzlos ist. Weder die Landwirtschaftspolitik der EU noch diejenige der diversen Bundesregierungen folgten diesen Prioritäten. Das macht sich darin bemerkbar, dass die Subventionen dort besonders hoch sind, wo die Betriebe meist die Form von Kapitalgesellschaften haben, und große, sehr große Flächen bewirtschaften, und vor allem den Anbau zur Biogaserzeugung betreiben, in chemisch gestützter Monokultur.

Die Hälfte der Einnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben stammt aus Agrarsubventionen von der EU oder dem Bund und dem Bundesland. Das ist allerdings nicht notwendigerweise im Interesse der Bauern. Schließlich gibt es viele



Bereiche, beispielsweise die Milchwirtschaft, in denen es einen Käufermarkt gibt. Leider drücken die Handelsketten durch ihre Marktmacht den Preis für die Milch auf ein Niveau, der die Kosten für seine Herstellung nicht abdeckt.

In diesem Fall werden öffentliche Mittel eingesetzt, um trotz dieser Macht der Lebensmittelkonzerne die Produktion aufrechtzuerhalten. Sprich, selbst Molkereigenossenschaften, die einmal gegründet wurden, um die Marktposition der Hersteller zu stärken, können sich gegenüber der Übermacht der Handelsketten nicht durchsetzen und erhalten schlicht nur den Preis, den diese Konzerne zu zahlen bereit sind.

Somit dient diese Subventionsstruktur dazu, den Lebensmittelkonzernen zusätzliche Gewinne zu bescheren. Diese Subventionen gehen letztlich also nicht an die Bauern, sondern an die Konzerne.

Subventionen müssen der ganzen Gesellschaft zugute kommen!

Wenn man jetzt betrachtet, dass die Hälfte dieses Einkommens aus Subventionen stammt, wird klar, dass ohne diese Subventionen diese Betriebe ihre Arbeit einstellen müssten, weil es nicht möglich ist, von diesem Einkommen zu leben. Das wäre ein Ende der bäuerlichen Landwirtschaft.

Bei alledem lautete die stille Zielvorgabe der EU und zuvor bereits der EG immer, die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe zu beseitigen. Tatsächlich gibt es nach wie vor einen enormen Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft. 2020 gab es noch 263.500 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland, im Jahr 1995 waren es noch doppelt so viele.

Der Bauer ist entmündigt.

Weil die Subventionen einen derart hohen Anteil der Einkommen darstellen, ist es nachvollziehbar und für den einzelnen Landwirt betriebswirtschaftlich vernünftig, seine Produktion an diesen Subventionen auszurichten. Das bedeutet: faktisch steuern diese Mittel die Produktion, und wer diesen Vorgaben nicht folgt, geht ein beträchtliches wirtschaftliches Risiko ein. Das wäre nicht grundsätzlich schädlich, würde diese Steuerung darauf abzielen, die oben erwähnte Regierungsaufgabe der Ernährungssicherung des ganzen Landes zu



**Alle reden
vom Sparen,
nur nicht bei
der Rüstung.**

erfüllen. Das allerdings ist ganz und gar nicht der Fall, was sich daran erkennen lässt, dass in Deutschland 80 Prozent der pflanzlichen Nahrungsmittel importiert werden müssen, aber ungeheure Flächen – subventionsgesteuert – mit Mais zur Erzeugung von Biogas oder mit Raps für den Biosprit bepflanzt werden.

R. Fertig

Kürzen bei den Schwachen

Um die Haushaltslücken einer verfehlten Politik zu füllen, will Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) das Geld von den Armen holen. Mit empfindlichen Sanktionen will er 170 Millionen Euro pro Jahr bei Bürgergeld-, früher Hartz IV-Empfängern einsparen, die „nachhaltig“ die Arbeit verweigern. Sicher gibt es Leute, die tatsächlich die Arbeit aus Faulheit verweigern. Es gibt jedoch auch solche Arbeitsangebote, die derart unsozial sind (geringer Lohn, starke Belastung usw.), dass die Ablehnung solcher Arbeitsangebote berechtigt ist. Typisch ist, dass von vielen liberal-grün-konservativen Politikern aus Regierung und Opposition immer gegen die unteren Schichten der Bevölkerung vorgegangen wird, während zum Beispiel nichts unternommen wird gegen unseren ehemaligen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU, der im Alleingang mal eben 243 Millionen Euro für die geplatzte PKW-Maut versenkt hat. Da eine Krähe der anderen bekanntlich kein Auge aushackt, verzichtet die Regierung auf Regressforderungen. So bleibt der Ex-Minister ungestraft auf seinen hohen Bezügen sitzen und darf weiter über die Gesellschaft lächeln. Es bleibt dabei: **Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.**

R. Weber



dkp-michelstadt



dkp_michelstadt



DKP_Michelstadt

Spenden sind herzlich willkommen!

Sparkasse Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

E-Mail reinhold-fertig@t-online.de